

Prof. Dr. Kokolores

HOCHSCHULEN Rauswerfen – oder aushalten? Die Universitäten tun sich schwer mit Lehrenden, die Verschwörungstheorien anhängen oder inhaltlich abdriften. Wie weit reicht die Freiheit von Lehre und Wissenschaft?

Der Eklat entzündete sich an einer einzigen Zeile. Mitte März führte die Zeitung »Demokratischer Widerstand«, bekannt als »Querdenker«-Medium, einen neuen Namen unter ihren Herausgebern: Michael Meyen, Professor am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München. In einem Onlineinterview lobte der Professor gedruckte Medien als »Schutz vor Überwachung und Kontrolle« offenbar durch eine nicht näher beschriebene »Macht«, die der deutschen Medienlandschaft nahestehe – Geraune, wie man es von Verschwörungstheoretikern kennt.

Die Entrüstung über die Beteiligung eines Universitätsprofessors an einer Zeitung, in der schon der Rechtsextreme Götz Kubitschek publiziert hat, ließ nicht lange auf sich warten. »Wenn ein Professor querdenkt«, titelte die »Frankfurter Rundschau«, die »taz« bezeichnete Meyen als »völlig losgelöst«, die »Süddeutsche« berichtete, der Professor werde nun auf Wunsch der Universität vom Verfassungsschutz überprüft.

Man habe die Aktivitäten des Mitarbeiters mit »Erstaunen und Sorge zur Kenntnis genommen«, hieß es in einer Stellungnahme des Instituts für Kommunikationswissenschaft der LMU.

Das reichte aus, um die »Querdenker«-Blase zu erregen. Anselm Lenz, einer der Herausgeber des »Demokratischen Widerstands«, zitierte voller Sympathie einen angeblichen Forenbeitrag unter der Unistellungnahme: »Ihr lausigen Lügenschweine! Meine Guillotine steht auch für Euch frisch gewetzt bereit, elende Spritzenmörder und Kriegstreiber, Zensoren und Inquisitoren! Schämt Euch, Schweinebande!«

Solche Kommentare seien »nur zu verständlich«, schrieb Lenz und schwelgte in Gewaltfantasien: Politiker und Oligarchen aller Jahrhunder-



Aubau Verlage



Christian Charistius / dpa

Kommunikationswissenschaftler Meyen, Medizinprofessor Bhakdi: Besonnener Umgang mit jedem Einzelfall

te seien schon »für weniger Terrorherrschaft, Segregation, Korruption, Lüge, Ausbeutung, Betrug und Mordlust an Volk und Bevölkerungsgruppen mit Mistgabeln aufgespießt (sic!), an Laternenmasten gehenkt« oder »an Eselskarren angeseilt über die Kopfsteinpflaster der Stadt gezogen« worden.

Wenn Professorinnen und Professoren sich in solche Gesellschaft begeben, bringen sie ihre Hochschulen in Schwierigkeiten. Die müssen abwägen – zwischen der Freiheit von Lehre und Wissenschaft sowie Meinungsfreiheit einerseits und möglichem Durchgreifen andererseits.

Bernd Scholz-Reiter, Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz, mahnt zum besonnenen Umgang mit jedem Einzelfall. »Wenn Aussagen strafrechtlich relevant sind oder Zweifel an der Verfassungstreue aufkommen, müssen Hochschulen disziplinarrechtliche Maßnahmen einleiten«, sagt er. »Manchmal werden Kolleginnen und Kollegen aber ja auch zu Unrecht beschuldigt.« Die Hochschulen hätten eine Fürsorgepflicht und müssten sich »im Zweifel schützend vor öffentlich angegriffene, auch unbenqueme Hochschulangehörige stellen«.

Ähnlich sieht es Lambert T. Koch, Präsident des deutschen Hochschulverbands: Wer sich in fragwürdiger Weise exponiere, aber auf die Wissenschaftsfreiheit berufen könne – dem dürfe eine Hochschulleitung »nicht einfach den Mund verbieten«. Schließlich könnten auch politisch bedenklich erscheinende Äußerungen durch die Meinungsfreiheit gedeckt sein. Die Freiheit ende aber dort, wo »lediglich vorgefassten Meinungen oder Ergebnissen ein wissenschaftlicher Anstrich verpasst werden soll«.

Kokolores mit einem wissenschaftlichen Anspruch zu versehen ist insbesondere für Lehrstuhlinhaber leicht. Der Professorentitel entfaltet fast automatisch seine Wirkung.

Das nutzen Akteure wie der Medizinprofessor Sucharit Bhakdi, der die Coronakrise als »konstruiert, erfunden und erlogen« bezeichnet hat. Über die Schutzimpfungen sagte er: »Schon jetzt ist es der Weltelite gelungen, über eine Milliarde Dosen der genetisch basierten Substanz in ahnungslose Menschen zu spritzen.« Bhakdi ist seit 2012 im Ruhestand, Professor darf er sich weiterhin nennen.

Seine ehemalige Universität in Mainz hofft seit Monaten, dass ihm der Titel entzogen werden kann – bislang erfolglos. Vor wenigen Tagen wurde Bhakdi vom Amtsgericht Plön vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen, die Generalstaatsanwaltschaft hat angekündigt, Rechtsmittel einzulegen.

Die Universität Kiel zog ebenfalls wegen eines auffälligen Dozenten vor Gericht, konnte sich aber nicht durchsetzen. Sie hatte dem früheren NDR-Journalisten Patrik Baab einen Lehrauftrag entzogen, nachdem er als »Wahlbeobachter« zu russischen Scheinreferenden in besetzte Regionen der Ukraine gereist war. Baab habe damit dem völkerrechtswidrigen russischen Vorgehen »den Anschein von Legitimität verliehen«, argumentierte die Hochschule.

Das Verwaltungsgericht in Schleswig entschied Ende April allerdings, dass die Hintergründe der Reise nicht ausreichend aufgeklärt worden seien; die Kündigung des Lehrauftrags sei rechtswidrig. Der Streit geht auch hier vermutlich in die nächste Instanz.

»Schon der Anschein, die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit nicht zu respektieren, sollte seitens einer Hochschule vermieden werden«, sagt Lambert T. Koch vom Hochschulverband. Eine Rektorin, die selbst mit einem »schwierigen Kollegen« zu tun hatte, formuliert es im Hintergrundgespräch drastischer: »Wenn es um die Wissenschaftsfreiheit geht, muss man eben auch viel Quatsch aushalten.«

Aber muss man ihn auch verbreiten wie im Fall des Hamburger Nanowissenschaftlers Roland Wiesendanger, der den Ursprung der Coronapandemie – weit außerhalb seiner Fachkompetenz – bei einem Laborunfall in Wuhan verortet hatte? Das Papier wurde von der Universität Hamburg noch mit einer Pressemitteilung geadelt. In einer Stellungnahme der Universität hieß es anschließend: »Die Hochschulleitung und die Pressestelle der Universität Hamburg üben keine Zensur zu Forschungsgegenständen und -ergebnis-

sen ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus.«

In München werden die Wortmeldungen von Michael Meyen inzwischen genau beobachtet. Der Kommunikationswissenschaftler ist kein Unbekannter in verschwörungsideologischen Kreisen. Der Professor, seit 2002 an der LMU tätig, gab etwa dem umstrittenen Verschwörungsideologen und ehemaligen Rundfunkmoderator Ken Jebsen ein Interview.

Meyens eigene Bücher tragen Titel wie »Das Elend der Medien« oder »Die Propaganda-Matrix«. Auf einem Blog, auf dem er sich als Professor der LMU vorstellt, wettet er gegen das »Zensurregime« und lobt den Newsletter des ultrakonservativen Milosz Matuschek. »Kein Matuschek-Frühstück ohne Aha-Erlebnis«, schreibt Meyen.

»Professor Meyen durchläuft seit mehreren Jahren einen Prozess der Radikalisierung«, sagt ein Sprecher des Linken Bündnisses gegen Antisemitismus München, das den Lehrenden seit 2018 beobachtet. Damals habe Meyen noch als Linker gegolten. Dann habe er sich immer mehr verschwörungsideologischen Kreisen angenähert. Während der Coronapandemie seien diese Ansichten schließlich deutlich zutage getreten.

Der Kommunikationsprofessor ist bei Weitem nicht der einzige Wissenschaftler mit Hang zum Verschwörertum. Im einschlägigen Videokanal »Corona-Ausschuss«, der es auf mittlerweile 155 Folgen gebracht hat, tauchen

»Professor Meyen durchläuft seit mehreren Jahren einen Prozess der Radikalisierung.«

immer wieder Akademikerinnen und Akademiker als Interviewpartner auf. Dutzende Professoren und Promovierte beteiligen sich an Diskussionen über »die politischen Vergehen am Rechtsstaat der letzten zwei Jahre«. Die Debatten haben auch schon mal Inhalte wie »Nach Impfung tot: zahlreiche Babys als Opfer der mRNA-Injektionen« oder »Internationaler Sexhandel und Kompromat gegen Politiker und Personen des öffentlichen Interesses als Druckmittel«.

Aushalten oder einschreiten? An der LMU scheint angesichts der Aktivitäten von Michael Meyen das Gefühl der Machtlosigkeit vorzuherrschen. »Wir können in diesem Fall nur wenig tun«, sagt Thomas Hanitzsch. Er leitet das Institut für Kommunikationswissenschaft, an dem auch Meyen lehrt. Als Kollege reagiere er zwar mit Befremden auf Meyens Verhalten. »Gleichzeitig ist es ein Glück, dass wir Wissenschaftsfreiheit leben dürfen«, sagt er. »Bestimmte abweichende

Meinungen müssen wir aushalten, das ist hier der Fall.«

Die Leitung der LMU weist nur darauf hin, dass »bereits in der Vergangenheit Gespräche mit Herrn Prof. Meyen zu dessen Aktivitäten« geführt worden seien. Die Uni habe zu prüfen, ob dienstliches Fehlverhalten vorliege. »Was die sonstige rechtliche, insbesondere auch strafrechtliche Relevanz betrifft, liegt die Zuständigkeit nicht bei der LMU«, schreibt eine Sprecherin der Universität. Daher habe man sich an den Verfassungsschutz gewandt.

Unter den Studierenden des Instituts seien Meyen und seine Überzeugungen schon länger Thema, sagt Simon Prommersberger, Mitglied der Fachschaft. Die große Mehrheit verurteile zwar das Verhalten und wolle Meyens Vorlesungen nicht besuchen. Das habe eine Umfrage ergeben. »Die Studierenden haben aber das Interesse, ihr Studium professionell durchzuziehen«, sagt Prommersberger, bisher habe es daher keine größeren Protestaktionen gegeben.

Ganz anders in Bonn: Dort fanden sich Ende April rund 30 Studierende vor dem Arbeitsgericht zu einer Demonstration ein – zur Unterstützung der Universitätsleitung. Die hatte der angestellten Professorin Ulrike Guérot gekündigt, wegen mehrerer aus Sicht der Uni bestätigter Plagiate in Veröffentlichungen der Politikwissenschaftlerin, wie es in einer Erklärung der Hochschule heißt.

Die Professorin wehrt sich gegen den Rauswurf und bezeichnet die Plagiatsvorwürfe als vorgeschoben: Die würden »gezielt benutzt«, um sie »öffentlich zu diffamieren und damit letztlich mundtot zu machen«, weil sie sich bei den Coronamaßnahmen und dem Ukrainekrieg »gegen die vorherrschende Meinung gestellt habe«, heißt es in ihrer jüngsten Veröffentlichung.

In der Buchankündigung ist die Rede von einer »symbolischen medialen Hinrichtung der Kristallisationsfigur Ulrike Guérot«. Ihre Unterstützer und Unterstützerinnen, die neben den Studierenden vor dem Arbeitsgericht demonstrierten, beklatschten entsprechende Aussagen: »dass es hier um eine moderne Form der Hexenverbrennung geht« und Guérot wegen ihrer Meinung »verfolgt und gejagt« werde. Wenn das Verfahren im September fortgesetzt wird, werde man wiederkommen.

Der Münchner Professor Michael Meyen hat unterdessen offenbar einen Rückzieher gemacht. Nach nur zwei Ausgaben ist er nicht mehr Mitherausgeber des »Demokratischen Widerstands«. Eine von ihm verfasste Kolumne allerdings erscheint weiterhin regelmäßig in der Zeitung. Zu einem Gespräch ist der Professor nicht bereit, eine Anfrage des SPIEGEL blieb unbeantwortet.

Seine Lehrtätigkeit darf Meyen ohne Einschränkungen fortsetzen. Im laufenden Sommersemester hält der Professor unter anderem eine Vorlesung zu »Theorie und Theoriegeschichte«. In der Beschreibung heißt es, die Veranstaltung vermittele den Studierenden – Medienkompetenz. ■



Pro-Guérot-Demonstrant (r.), Gegendemonstranten in Bonn: Verfolgt und gejagt?